Der Oberbürgermeister

Landeshauptstadt Erfurt . Der Oberbürgermeister . 99111 Erfurt

Fraktion
DIE LINKE.
Frau Karola Stange
Fischmarkt 1
99084 Erfurt

**Drucksache 1031/23 – Anfrage nach § 9 Absatz 2 GeschO -
Novellierungsbedarf der Geschäftsordnung Stadtrat Erfurt - öffentlich**

Journal-Nr.:

Sehr geehrte Frau Stange,
Ihre Fragen beantworte ich wie folgt:

Erfurt,

- 1. Inwieweit ist es nach der Einschätzung des Oberbürgermeisters zulässig, die in § 35 Abs. 1 i. V. m. Abs. 4 ThürKO enthaltene Drei-Monats-Frist durch eine Geschäftsordnungsregelung auf ein Jahr zu erweitern?**

Zur Frist des § 35 Abs. 1 Satz 3 der Thüringer Kommunalordnung führt die Kommentarliteratur zur Thüringer Kommunalordnung aus, dass sich in jedem Einzelfall bei wiederholter Antragstellung die Problematik einer missbräuchlichen Nutzung des Antragsrechts stellt. Zur Vermeidung ständiger Streitigkeiten über das Vorliegen eines Falls von Rechtsmissbrauch und als Mittel zur Steuerung der Dauer der Sitzungen des Stadtrates wurde mit Zustimmung des Stadtrates die Jahresfrist eingeführt. Eine Verkürzung der Frist innerhalb der Geschäftsordnung kann durch Beschlussfassung des Stadtrates herbeigeführt werden.

- 2. Welcher Novellierungsbedarf zur Regelung in § 14 Abs. 9 der Geschäftsordnung des Stadtrates besteht aus Sicht des Oberbürgermeisters und wann ist mit einer entsprechenden Beschlussvorlage der Verwaltung an den Stadtrat zu rechnen?**

Eine Änderung des § 14 Abs. 10 der Geschäftsordnung kann jederzeit beantragt werden.

- 3. Welche weiteren Novellierungsbedarfe in der Geschäftsordnung bestehen aus Sicht des Oberbürgermeisters und wie werden diese begründet?**

Abgesehen von Einzelfällen bestimmt sich der Regelungs-/Novellierungsbedarf einer Geschäftsordnung nach dem verfolgten Zweck.

Seite 1 von 2

Zweck der derzeitigen Regelung war es die Dauer der Sitzungen des Stadtrates zu verkürzen und die wesentliche Diskussion in den vorberatenden Fachausschüssen zu führen. Nachdem der Stadtrat in seiner letzten Sitzung die Öffentlichkeit der Vorberatung in den Ausschüssen ab September des Jahres beschlossen hat und damit auch diese Beratungen in Gänze durch die Öffentlichkeit verfolgt werden können, sofern es sich um öffentliche Drucksachen handelt, stellt sich vielleicht die Frage, ob und welche Auswirkungen das auf die Sitzungsdauer der Ausschüsse hat und ob danach die Beratungsintensität des Stadtrates weiter eingegrenzt werden soll. Andererseits müssen zunächst Erfahrungen mit dem neuen Beratungsmodell gemacht werden.

Vor dem Hintergrund, dass die Amtszeit des derzeitigen Stadtrates im Sommer nächsten Jahres endet, können die Erfahrungen im Rahmen der Beschlussfassung der Geschäftsordnung des nächsten Stadtrates einfließen.

Mit freundlichen Grüßen

A. Bausewein